



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

B 78 Massnahmen zur Verringerung der Wahrscheinlichkeit des budgetlosen Zustands; Entwurf Änderung des Steuergesetzes / Finanzdepartement

2. Beratung

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Rolf Born.

Rolf Born: Anlässlich ihrer letzten Sitzung hat die WAK über die vorgeschlagenen Anpassungen des Steuergesetzes inhaltlich nicht mehr diskutiert. In der Schlussabstimmung hat die WAK der Änderung des Steuergesetzes, wie sie aus der 1. Beratung hervorgegangen ist, mit 8 zu 5 Stimmen zugestimmt.

Antrag Frank Reto: Ablehnung.

Reto Frank: Die SVP-Fraktion unterstützt nach wie vor keinen Abbau der demokratischen Rechte. Die Luzerner Bürgerinnen und Bürger haben dank dem ergriffenen Steuerfussreferendum der SVP die Gelegenheit genutzt und eine Steuerfusserhöhung abgelehnt, die von der Regierung und allen Parteien ausser der SVP befürwortet worden ist. Ohne diese Urnenabstimmung hätte das Luzerner Volk mehr Steuern zahlen müssen. Es ist jetzt nicht der richtige Weg – nach dem erfolgreichen Ergreifen des Steuerfussreferendums und der verlorenen Abstimmung – die Mitsprachemöglichkeit des Luzerner Volkes einzuschränken, das entspricht nicht dem schweizerischen Demokratieverständnis. Man könnte sagen, dass das Mitspracherecht der Luzerner Stimmberechtigten nur wenig eingeschränkt werden solle. Andere Parteien würden das Steuerfussreferendum aber am liebsten ganz abschaffen. Es spielt meines Erachtens keine Rolle, ob das Mitspracherecht der Luzerner Bevölkerung wenig eingeschränkt oder ganz abgeschafft werden soll. Entscheidend scheint mir, dass man sich nach einem unerwünschten Abstimmungsergebnis über eine Steuerfusserhöhung überhaupt und reflexartig am Steuergesetz zu schaffen macht, bis es einem passt. Die von der Regierung gestartete Umfrage nach der Abstimmungsniederlage vom 21. Mai 2017 hat in der Analyse bereits einen Vertrauensverlust in die Regierung und das Parlament aufgezeigt. Ich bin überzeugt, dass dieses Vertrauen der Luzerner Stimmbürger weiter geschwächt würde, wenn eine wie von der Regierung vorgeschlagene und von einer Mehrheit des Parlaments befürwortete Gesetzesänderung angenommen werden würde. Die SVP lehnt die Vorlage deshalb ab.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Rolf Born.

Rolf Born: Wie bereits erklärt, hat die WAK keine inhaltliche Diskussion mehr geführt. Mit einem Resultat von 8 zu 5 Stimmen hat die WAK der Vorlage, wie sie aus der 1. Beratung hervorgegangen ist, zugestimmt.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion lehnt die Vorlage, wie sie aus der Beratung hervorgegangen

ist, ab. Wir haben uns schon anlässlich der 1. Beratung gegen jegliche Einschränkung der Referendumsrechte gewehrt. Wir denken, dass es der falsche Weg ist, um das mangelnde Vertrauen der Luzerner Bevölkerung in die Luzerner Finanzpolitik wieder zu stärken.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Steuergesetzes, wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 69 zu 42 Stimmen zu.